Lübeck, den 16. Februar 2017

Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Angleichung des Urheberrechts an die aktuellen Erfordernisse der Wissensgesellschaft (UrhWissG) vom 01. Februar 2017

Bezug: III B3 3600/24-34 272/2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Präsidium der Musikhochschule Lübeck begrüßt den vorliegenden Referentenentwurf eines Gesetzes zur Angleichung des Urheberrechts an die aktuellen Erfordernisse der Wissensgesellschaft (UrhWissG-RefE) und schließt sich der Stellungnahme der Kanzlerinnen und Kanzler der Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen an.


Der Referentenentwurf sieht nicht nur einen für die Belange von Bildung und Wissenschaft günstigen Rechtsrahmen vor, er schafft vielmehr auch einen angemessenen Ausgleich zwischen den legitimen Interessen der Rechtseinhaber auf angemessene Vergütung und den Erhalt von Absatzmärkten auf der einen und den heutigen Arbeitsgewohnheiten gerade der Studierenden auf der anderen Seite. Durch den Verzicht auf den Vorrang von Verlagsangeboten in § 60g Abs. 1 UrhWissG-RefE und die gesetzliche Absicherung einer pauschalen Vergütung in § 60h Abs. 3 UrhWissG-RefE für die Nutzung von Inhalten etwa in Semesterrahmen werden bürokratische Hürden abgebaut, die Lehrende von der Nutzung vor allem von gedruckt vorliegenden Werken wie Lehrbüchern und dergleichen abhalten. Unabhängig davon, dass Lehrbücher und Standardwerke in Form bibliographischer Hinweise in der Lehre weiterhin sichtbar bleiben werden, zeigt doch die praktische Erfahrung, dass Studierende in der
Regel vorwiegend solche Inhalte aufnehmen, die ihnen digital zur Verfügung gestellt werden. Durch die nunmehr geplante rechtssichere und einfache Integration dieser Inhalte in die Lehre wird vermieden, dass Lehrende und Studierende, um bürokratischen Aufwand zu mindern oder rechtliche Probleme zu vermeiden, beispielsweise auf freie Netzressourcen ausweichen. Wenn Lehrbücher in Lehrveranstaltungen durch frei zugängliche oder selbst erstellte Materialien faktisch ersetzt werden, dürften Studierende kaum noch daran interessiert sein, gedruckte Lehrbücher für ihr Studium zu erwerben. Insofern besteht die Gefahr, dass Verlagspublikationen gerade kleiner und mittlerer Wissenschaftsverlage auf längere Sicht massiv an Bedeutung verlieren. Diese Verlage aber sind ein wichtiger Bestandteil der wissenschaftlichen Publikationslandschaft. Und aus diesem Grund ist es aus Sicht der Hochschulen richtig, dass die Urheberrechtsgesetzgebung auch nachteilige wirtschaftliche Auswirkungen auf die Wissenschaftsverlage berücksichtigt, die beispielsweise durch einen Verlagsvorbehalt oder ein unpraktikables Vergütungsverfahren eintreten können.

Auszäklich möchten wir betonen, dass urheberrechtliche Schrankenbestimmungen allein kein Schlüssel für eine erfolgreiche Digitalisierung der Hochschullehre sind. Um dieses Ziel zu erreichen, bleiben professionell betreute und erstellte verlegerische Produkte unverzichtbar. Die im Referentenentwurf anwendungsneutral ausgestalteten Schrankenbestimmungen werden daran nichts ändern, denn die danach zulässige Nutzung bildet nur einen punktuellen und ausschließlich dargeboten Bedarf ab. Dieser Beitrag ist jedoch wichtig, da er zur Breite an Inhalten und Ansichten in der akademische Lehre beiträgt.

Im Sinne dieser Breite sollte, über den vorliegenden Entwurf hinausgehend, gewährleistet werden, dass von einzelnen Hochschulbibliotheken lizenzierte elektronische Inhalte über die Fernleihe zur Verfügung gestellt werden können. Derzeit besteht gerade bei nur noch elektronisch vertrieben Büchern und Zeitschriften eine große Unsicherheit in der Praxis, ob eine überregionale Litaturversorgung, wie sie bei Druckschriften selbstverständlich ist, auch bei ausschließlich digital vorliegenden Ressourcen gewährleistet werden kann. Der Referentenentwurf spricht in § 60e Abs. 5 UrhWissG-RefE von „erschienenen Werken“, womit traditionell nur körperliche Medienwerke gemeint sind. Hier wäre eine Klarstellung, dass darunter auch elektronische Inhalte fallen, wünschenswert.


Gerne werden wir das weitere Gesetzgebungsverfahren durch Hinweise und Stellungnahmen konstruktiv begleiten.

Mit freundlichen Grüßen
für das Präsidium der Musikhochschule Lübeck

[Unterschriften]

Prof. Rico Gubler
Präsident

Jürgen R. Claußen
Kanzler

Die deutschen Musikhochschulen